

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 480

Mittwoch, 9. März 2011

17. Jahrgang

Colom: Schwächen und Stärken nach drei Jahren Regierungszeit

Präsident Alvaro Colom präsentierte am 14. Januar vor dem Kongress seinen Bericht über drei Jahre Regierungsführung. Diverse AnalytikerInnen haben dazu kritisch Stellung genommen. Der folgende Artikel von Alejandro Pérez erschien in der Nr. 126 der Revista des Diario de Centroamerica vom 28. Januar.

Er wolle seit 40 Jahren die "erste Regierung für die Ärmsten des Landes sein", versprach Präsident Alvaro Colom zu seinem Amtsantritt am 14. Januar 2008. Drei Jahre später legte er dem Kongress nicht den erwarteten Administrationsbericht für das Jahr 2010 vor, sondern einen über seine gesamte bisherige Amtszeit. Am meisten Erfolge hat er im Bereich Sozialpolitik zu verzeichnen. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit setzte Colom den *Sozialen Kohäsionsrat* (CCS) ein, der die Ministerien und Sekretariate koordiniert, welche die Sozialprogramme für die ärmste Bevölkerungsschicht des Landes ausführen.

Sandino Asturias, Direktor des *Centro de Estudios de Guatemala* CEG, gibt zu, dass die Sozialpolitik der Colom-Regierung nennenswert ist, gibt aber gleichzeitig zu bedenken, dass hinter den eingeleiteten Programmen keine längerfristige Strategie steht, die eine Überwindung der Armut garantieren kann.

Gemäss Karin Slowing vom *Präsidentialen Sekretariat für Planung und Projekte* sind die öffentlichen Ausgaben seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen Ende 1996 angestiegen. Im Jahr 2008 stiegen sie erstmals um relevante 1% auf 8,1% des Bruttoinlandprodukts. Laut dem unabhängigen Fachmann für Transparenz Alejandro Urizar erlauben diese Sozialprogramme der guatemaltekischen Regierung eine Ausweitung ihres Aktionsradius, was positiv sei, da sich bisher keine Administration so grossflächig für die Bekämpfung der Armut eingesetzt habe. Auch er benennt jedoch gewisse Defizite, z. B. das Fehlen eines Grundkonzepts, das hätte definiert werden müssen, bevor die CCS-Programme entwickelt und umgesetzt wurden, und das auch die Grundlage für eine Auswertung enthält. Andere Aspekte, die Urizar kritisiert, sind das Fehlen von Kriterien, nach denen die Begünstigten der Programme ausgewählt werden sowie mangelnde Transparenz bzw. keine Garantie, dass die gesamte Bevölkerung über die Programme informiert wird.

Sozialpolitik

Im Zentrum der staatlichen Sozialpolitik steht das Programm "Mi Familia Progresá", in das bisher mehr als 2,040 Mia. Quetzales (ca. 225 Mio. US-\$) investiert wurde. Begünstigt wurden damit 814'890 Familien in 273 Gemeinden. Ähnliche Programme setzten seit den 1990er Jahren bereits andere lateinamerikanische Länder um, Guatemala ist als eines der letzten auf diesen Trend aufgesprungen. Die Bedingungen, die den Begünstigten auferlegt werden, um von dem Programm Geld zu bekommen, ist, dass sie ihre schulpflichtigen Kinder in den Unterricht schicken und jene unter fünf Jahren regelmässig zu einem Gesundheitscheck bringen.

Mit dem Start der Programme 2008 musste auch die entsprechende Infrastruktur bereit gestellt werden. Slowing rühmt den Einsatz der zuständigen staatlichen Institutionen, der zunehmenden Nachfrage gerecht zu werden. Es sei nun eine Herausforderung für die nächste Administration, diese Sozialpolitik auszubauen und die aufgebauten Strukturen zu konsolidieren, damit der Service in den Bereichen Gesundheit und Bildung weiterhin verbessert werden könne, so Slowing. Trotz den strukturellen Grenzen, die das Gesundheitswesen beeinträchtigen, informiert Colom in seinem Bericht über eine Zunahme der Anzahl ÄrztInnen von 2885 (2007) auf 4458 (2010). Die Zahl der Krankenschwestern ist im selben Zeitraum um 3653 angestiegen, und durch den Bau zusätzlicher Gesundheitsposten nahm auch die Anzahl behandelter PatientInnen zu.

Erfreuliche Zahlen gibt es auch im Bildungsbereich: in den letzten drei Jahren ist die Anzahl Kinder, die eine Schule besuchen, um 520'300 gestiegen. Bezeichnenderweise sind dies vor allem Kinder aus jenen Gemeinden, die von "Mi Familia Progresá" begünstigt werden. Virgilio Álvarez von der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* FLACSO weist allerdings darauf hin, dass es nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, die 7- bis 12-jährigen Kinder sind, die neu eingeschult wurden, sondern ältere, die den Schulunterricht zu einem früheren Zeitpunkt unterbrochen und nun wieder aufgenommen haben. Er führt dies nicht so sehr auf das

Programm "Mi Familia Progresada" zurück als vielmehr darauf, dass seit 2009 der Schulbesuch gratis ist. Álvarez spricht von einer Prioritätenverschiebung: Frühere Regierungen wollten die Qualität der Schulen verbessern (was sie jedoch in den letzten 25 Jahren nicht wirklich erreicht haben) und nahmen dabei in Kauf, einen Grossteil der Kinder im schulpflichtigen Alter ohne Schulbildung zu lassen. Während die aktuelle Regierung das "Recht auf Bildung" ernst nähme, was sich auch in der Neuanstellung von 20'000 LehrerInnen ausdrücke, müsse nun langsam auch in die Qualität der Schulbildung investiert werden.

Colom präsentierte auch Fortschritte in der Nahrungssicherheit. Sein Bericht belegt seit 2002 eine Reduzierung der chronischen Unterernährung bei Kindern unter fünf Jahren um 6%, während die weltweite Unterernährung (gemessen am Gewicht im Verhältnis zum Alter) im selben Zeitraum von 22,7% auf 19,3%, also nur um 3,4% gesunken sei. (Was aber über die Arbeit der aktuellen Regierung nicht viel aussagt, da von den 11 Jahren, die diese Statistik umfasst, nur 3 in ihre Amtszeit fallen ... die Red.) Das Thema Nahrungssicherheit erhielt jedoch 2009 verstärkte Aufmerksamkeit, als der ausbleibende Regen eine Nahrungsmittelkrise auslöste, die vor allem in den nördlichen und östlichen Landesteilen spürbar war. Trotz aller eingeleiteten Massnahmen zeigte dieser Notstand deutlich die Handlungsgrenzen des Staates im Umgang mit Naturkatastrophen auf. Zu den vom *Kohäsionsrat* angeordneten Aktionen gehörten unter anderem das assistenzialistische Verteilen von Lebensmitteln oder die Promotion von Schul- und Familiengärten und das Abgeben von Saatgut. Der unabhängige Ökonom Fernando Carrera weist darauf hin, dass all diese Massnahmen nichts dagegen geholfen hätten, dass Menschen verhungert seien. Er empfiehlt die Einführung von nachhaltiger Landwirtschaft, die sich auf den Anbau von Grundnahrungsmitteln konzentrierte. Noch wichtiger findet er Sozialprogramme, die wirklich die Nahrungssicherheit von Kindern unter fünf Jahren, stillenden Müttern und älteren Menschen garantiere, denn sie seien die Bevölkerungsgruppen, denen am meisten Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse.

Wirtschaft und Finanzen

Als Colom das Präsidentenamt übernahm, erlebte das Land ein Wirtschaftswachstum von mehr als 3% jährlich, doch schon bald begann in den USA, einem der wichtigsten Handelspartnern des Landes, die Finanzblase zu platzen, und weltweit begann die grösste Rezession seit 70 Jahren. Während dem zweiten Jahr seiner Amtszeit betrafen die Konsequenzen der Krise vor allem den Tourismus, die Geldrücksendungen guatemaltekischer MigrantInnen aus den USA und die Exporte, was zu einem Rückgang der Einnahmen führte. Der Präsident versuchte dem entgegenzuwirken, indem er 1,470 Mio. Quetzales (ca. 162 Mio. US-\$) in die Produktion von Getreide, die Ankurbelung der Landwirtschaft und in den Wohnungsbau investierte und Unterstützung an die KMUs leistete. Gemäss Carrera erlaubten diese Massnahmen, die Auswirkungen der Krise etwas abzuschwächen, indem die zurückgegangene Produktion der Privatwirtschaft durch Investitionen des Staats ausgeglichen wurden. Dazu kam, dass dank der Abgabe von Staatsanleihen der Finanzsektor nicht bloss stabil blieb, sondern sogar Gewinn abwarf. Zweifellos, so der Fachmann, war dies nicht allein das Verdienst der Exekutive, die wichtigste Rolle spielte dabei die Bank von Guatemala, die den Quetzal abwertete und so erreichte, dass diejenigen, die Einnahmen in Dollar hatten, ihre Kaufkraft nicht verloren.

Der Bericht des Präsidenten wies auch auf erhöhte ausländische Investitionen im letzten Jahr hin sowie auf eine Zunahme der Steuereinnahmen um 3,3% während der letzten drei Jahre. Dass sie den schon lange anstehenden neuen Finanzpakt nicht vorantreibt, findet Raquel Zelaya, Direktorin der *Vereinigung für soziale Studien und Forschung* ASIIES, eine der grössten Schwächen der aktuellen Regierung. Ein solcher Finanzpakt dürfe nicht bloss eine Steuererhöhung beinhalten, sondern müsse auch Themen wie Schmuggel und Steuerflucht einschliessen, administrative Massnahmen umfassen, eine bessere Ausgabenkontrolle und Transparenz garantieren.

Auch Carrera schätzt die aktuelle Situation als schwierig ein, da die Auslandsschulden angestiegen sind und keine Massnahmen ergriffen wurden, mehr Einnahmen zu generieren. Er geht sogar noch einen Schritt weiter als Zelaya und verlangt eine langfristige Strategie, die mehr umfasst als eine Finanzreform.

Sicherheit und Justiz

Als Colom die Macht übernahm, ernannte er Vinicio Gómez zum Innenminister. Eine seiner ersten Aktionen im neuen Amt war ein Säuberungsplan für die Polizei (PNC) mit dem Ziel, die Institution wieder funktionstüchtig zu machen. Doch Minister Gómez kam 2008 bei einem Helikopterabsturz ums Leben, und seither bekleideten schon vier weitere Personen das Amt des Innenministers.

Für Marco Antonio Canteo, Direktor des *Instituts für vergleichende Strafwissenschaften* IECCP, ist das ein strategischer Fehler, der der Institution schadet. Er bedauert die ständigen Wechsel, betont aber, dass es die erste Regierung sei, die nicht auf das Mittel der sozialen Säuberungen zurückgegriffen habe, um die Delinquenz zu bekämpfen. Die offiziellen Zahlen sprechen von einem Rückgang der Morde im Jahr 2010 und einer Zunahme von Aktionen gegen die Kriminalität. Ausserdem wurden die Polizeikräfte mit 8616 neuen AgentInnen um 34% erhöht. Aktuell gibt es in der Exekutive eine Kommission, die an einer Polizeireform arbeitet, und schon seit letztem Jahr Unterstützung ausländischer ExpertInnen bekommt. Diese Kommission soll eine Strategie für die nächsten 10 Jahre ausarbeiten. Canteo befürwortet solche Bestrebungen, weist aber darauf hin, dass die Bevölkerung ein Recht darauf habe, konkrete und schnelle Resultate zu sehen.

Sandino Asturias anerkennt, dass die Regierung Colom ein Land mit einer hohen Kriminalitätsrate und mit einer Polizei und einer Staatsanwaltschaft in desolatem Zustand und übernommen habe. Genau deshalb wirft er ihr vor, nicht schon im ersten Jahr drastische Massnahmen ergriffen zu haben, sondern erst jetzt, im letzten Amtsjahr.

Eine andere Art Krise

Einige Ereignisse, die seine Regierungszeit massgeblich geprägt haben, erscheinen nicht im Bericht des Präsidenten. Dazu gehört die institutionelle Krise im Jahr 2009, ausgelöst durch die Ermordung des Anwalts Rodrigo Rosenberg am 10. Mai jenes Jahres. Das Verbrechen selber löste viel weniger Interesse aus als das vor seiner Ermordung aufgenommene Video, in dem er unter anderem die Präsidentengattin Sandra Torres für seinen Tod verantwortlich machte. Tausende von weiss gekleideten Guatemalteken besetzten die Plaza Italia und forderten die Aufklärung des Verbrechens und den Rücktritt des Präsidenten, während ebenfalls Tausende von SympathisantInnen Colom und seiner Gattin ihre Unterstützung demonstrierten. Die *Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* CICIG untersuchte den Fall und präsentierte im Januar 2010 Beweise, gemäss denen Rosenberg seine Ermordung selber geplant und koordiniert habe. Asturias kritisiert die Art und Weise, wie die Regierung auf die Krise reagierte, doch habe zum Glück die Intervention der CICIG die Sache in eine andere Richtung lenken können. Der Direktor des CEG bezeichnet dieses Ereignis als eines der bedauerlichsten der vergangenen Jahre und als ein Beispiel, wie wenig es brauche, um die Regierbarkeit des Landes zu gefährden. Ebenso sieht es Álvarez, der glaubt, dass gewisse Sektoren diese Krise für ihre Interessen genutzt hätten, die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung manipulierten und somit das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit verstärkten. All dies hätte in einem Staatsstreich enden können. Doch Colom konnte sich halten und wird wohl auch noch die letzten 12 Monate seiner Regierungszeit durchstehen. Erst dann muss er seinen Schlussbericht präsentieren, und dann können die definitiven Ergebnisse seiner Regierungsversprechen abschliessend bewertet werden.

Die vereinte Linke

Guatemala Stadt, 27. Feb. Am Sonntag, 27. Februar trat offiziell die neue Partei *Frente Amplio* (FA, zu deutsch *Breite Front*), dem Rennen um die Präsidentschaftswahlen im September 2011 bei.

Die *Frente Amplio* vereint unter ihrem Dach verschiedenste Organisationen und Bewegungen, deren Gemeinsamkeit eine linkspolitische Orientierung ist. So findet man BäuerInnen, indigene Personen, GewerkschafterInnen, Vertriebene, Institutionen, soziale Organisationen, Feministinnen oder auch Ex-Guerilleros in dieser Gruppierung. Neben den mehr als 60 sozialen Organisationen sind ebenso die grossen linken Parteien Teil dieser Bewegung: die *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca* (URNG), die *Alternativa Nueva Nación* (ANN), das *Movimiento Nueva República* (MNR – eine sich noch formierende Partei, die es aber nicht zur Kandidatur bei diesen Wahlen schaffen wird) und die *Frente Nacional de Lucha* (FNL). Ebenfalls entdeckt man dabei das *Centro de Estudios de Guatemala* (CEG) mit seinem Leiter Sandino Asturias, Sohn des Guerilla-Kommandanten Gaspar Ilom, ökologische Bewegungen wie z.B. das Kollektiv *Madre Selva* und indigene bzw. BäuerInnenbewegungen wie das *Comité Campesino del Altiplano* (CCDA) oder der *Consejo Nacional Indígena, Campesino y Popular* (Cnaic).

Ziel der *Frente Amplio* ist es, sich in ein politisches und soziales Instrument zu verwandeln, welches Allianzen schafft und verschiedene Forderungen stellt: die Konstruktion einer nationalen Kultur, welche die diversen Ethnien und Sprachen respektiert, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen und eine wirtschaftliche Entwicklung, die sich am Allgemeinwohl und der Verteidigung der Natur orientiert.

Die permanente Gewalt und Straflosigkeit gegen die gesamte Bevölkerung, insbesondere aber gegen Frauen, Kinder und Jugendliche und die ärmsten Teile der Bevölkerung werden von der FA kritisiert, ebenso die Arbeitslosigkeit und das Fehlen von jeglicher Möglichkeit der Weiterentwicklung. Die FA stellt sich die Aufgabe, jene aufgezwungene Realität zu transformieren und ein anderes Guatemala zu schaffen, und zwar ein Guatemala mit genügend politischem Raum für progressive und demokratische Ideen.

Laut Miguel Ángel Sandoval, Präsidentschaftskandidat der URNG-Maiz im Jahr 2007, geht das Ziel der FA über die reine Wahlbeteiligung hinaus. Sie will die sozialen Forderungen der verschiedenen Sektoren vereinen, wie z.B. die ländliche Entwicklung oder der Schutz der Naturressourcen.

Allerdings muss man die FA auch kritisch betrachten. Die Wahrscheinlichkeit eines Wahlsieges im September ist relativ gering. Andererseits ist es wichtig, dass die orthodoxe Linke zumindest im Wahlkampf vertreten ist, so der Soziologe Álvaro Velásquez, und somit ihre Präsenz in den demokratischen Institutionen stärkt. Auch spielt der Faktor Zeit gegen die neue Front. Desgleichen sind die finanziellen Lücken der Partei und innere Unstimmigkeiten wenig hilfreich, ebenso wie die eher konservative Wählerschaft. Aber man erhofft zumindest, die 2,73% Stimmenanteil der URNG und ANN bei den Wahlen 2007 zu übertreffen (was 2 von insgesamt 158 Abgeordneten einbrachte) und sich den über 12% des Jahres 1999 anzunähern.

Die Idee der Breiten Front ist übrigens nicht neu. Schon 1971 in Uruguay gründete sich eine Frente Amplio und führte dort die Linke zur Macht. Erst kürzlich wurde die *Breite Front für die Demokratie* in Panama geboren, die in den Präsidentschaftswahlen 2014 mitmischen möchte. In Honduras entschied die *Nationale Front der Populären Resistenz* vor kurzem, nicht als Partei in Erscheinung zu treten – aufgrund des Staatsstreiches gegen Manuel Zelaya und der darauf folgenden Repression gegen die sozialen Kräfte unter Porfirio Lobo.

Mine Marlin: Erneute Menschenrechtsverletzungen

San Marcos, 4. März. Am 28. Februar schlossen sich AnwohnerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen der Gemeinden von Sipakapa und San Miguel Ixtahuacán des Department San Marcos zusammen, um gegen die Bergbauarbeiten der Mine Marlin zu protestieren. Ziel war es, den Beschluss der *Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte* (CIDH) vom 20. Mai 2010 bezüglich der Firma Montana Exploradora de Guatemala, Tochterfirma der kanadischen Goldcorp, durchzusetzen. Dieser Beschluss, der die zeitweilige Schliessung der Mine Marlin und die Durchsetzung von Schutzmassnahmen (wie z. B. die Säuberung des lebenswichtigen Wassers des Flusses Tzalá oder die ärztliche Behandlung erkrankter BewohnerInnen) wurde bisher von der Regierung nicht durchgesetzt.

Schon seit Vergabe der Bergbaulizenz, die 2003 vom Energie- und Bergbauministerium für 25 Jahre ausgestellt wurde, wurden Anomalien und Menschenrechtsverletzungen an den vielen Familien, die in dieser Region leben, verzeichnet. Bereits der Beginn der Arbeiten in der Mine im Jahr 2005 war illegal, da er ohne vorherige Information und ohne Zustimmung der AnwohnerInnen erfolgte.

So geschah es, dass sich etwa 200 AnwohnerInnen und Mitglieder der Vereine *Frente de Migüelenses contra la Minería* und *Asociación para el Desarrollo Integral de San Miguel* am 28. Februar zu einem friedlichen Protest, indem sie die Zugänge zur Mine Marlin blockierten. Nach dieser Aktion und auf dem Rückweg in ihre Gemeinden wurde dann ein Bus mit etwa 60 Personen von Arbeitern der Mine bedroht, teilweise geschlagen und illegalerweise festgehalten. Diese Tatsachen wurden umgehend bei der Staatsanwaltschaft und der Polizei angezeigt und warten nun auf Aufklärung.

Auf der anderen Seite gab Goldcorp erst kürzlich in einem Brief an seine Stakeholders bekannt, dass die Firma ihre Politik der sozialen Verantwortung "ernst" nimmt. So kooperiere Goldcorp "vollständig mit der guatemalteckischen Regierung – wenn möglich und angebracht – um Bergbaugesetze und die Suspendierung der Bergbauaktivitäten zu unterstützen". So habe die Mine Marlin auch ihre Tätigkeiten überprüft, wobei sich herausstellte, dass es keine Beweise gäbe, welche die von der CIDH angeordneten schutzbringenden Massnahmen rechtfertigen würden. Auch habe das Bergwerk keine Regierungsanweisung bekommen, zu schliessen und operiere somit weiterhin legal im Land. Ebenso seien Goldcorp und Montana Exploradora mehr als bereit, mit der CIDH in Dialog zu treten und eine friedliche Lösung zu ihrem Beschluss zu finden. So wurden am 2. Dezember 2010 runde Tische eröffnet, die verschiedene Instanzen der Regierung, RepräsentantInnen der betroffenen Gemeinden und von Montana Exploradora zusammen bringen und "sicher stellen sollen, dass die Gemeinden und die Umwelt respektiert werden", so der Brief der Goldcorp.

In diesem Sinne könnte man meinen, dass es schon fast verwunderlich klingt, wenn James Anaya, Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen, am 4. März – also nur wenige Tage nach den erneuten Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Mine Marlin – öffentlich bekannt gibt, dass in „Guatemala ein Klima sozialer Konflikte herrscht, welche mit der wirtschaftlichen Ausbeutung der Ländereien, die traditionell den indigenen Völkern gehören, in Verbindung steht“. Weiterhin signalisierte Anaya, dass „diese Situation die Rechte der indigenen Völker beschneidet und die Regierbarkeit sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bedroht“.

Neues im Fall Portillo: Zeugen bestätigen Veruntreuung

Guatemala Stadt, 25. Feb. Per Videoübertragung aus New York sagte am 24. Februar ein Zeuge im Prozess gegen Ex-Präsident Portillo aus. Es handelt sich um den ehemaligen Geschäftsführer der Nationalen Kredit- und Hypothekenbank (CHN) José Armando Llort Quinteño. Er bejahte die Frage, ob der ehemalige guatemalteckische Präsident ihm über Mittelsmänner 30 Millionen Quetzales (ca. 2,7 Mio. Euro) in bar überreicht habe. Diese Aussage bestätigt die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft und der CICIG gegen Portillo. Die Videoerklärung wurde im 11. Strafsenat gezeigt, in dem der Prozess gegen den ehemaligen Präsidenten und zwei seiner damaligen Minister, den Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs und den Finanzminister Manuel Hiram Maza Castellanos, stattfindet. Llort bekräftigte, dass Ex-Präsident Portillo die genannte Geldmenge in den Tagen des 5., 6. und 9. März 2001 angewiesen habe: „Das Geld wurde mir von Jacobo Salán Sánchez und Napoleón Rojas in Beträgen von je 10 Millionen Quetzales übergeben.“

In einer Videoaussage des ehemaligen stellvertretenden Geschäftsführers der CHN, Salomón Abraham Molina, hat dieser bestätigt, dass Llort ihn autorisiert habe, das Geld in den Tresoren der CHN zu deponieren. Laut der

Zeugenaussage von Molina versuchte Llort in seiner Verzweiflung darüber, eine Kontoüberziehung in der Höhe von 60 Millionen Quetzales zu decken, die an neun Girokonten und an einige seiner Freunde transferiert worden waren, herauszufinden, wer ihm diese Mittel gegeben haben könnte; zumal ihn der Vorstand anwies, dass keine Bankreserven angetastet werden dürften.

In seiner Aussage erklärte Llort weiter, dass der in der Finanzabteilung des Verteidigungsministeriums arbeitende Jorge Alberto Gómez ihm gesagt habe, dass das Geld aus seinem Haushalt stamme und dass es keine Probleme geben würde, da es aus einer „Geheimquelle“ komme und dass er keine Erklärungen über deren Herkunft geben müsse. Zugleich sagte er, dass Portillo bei ihm mehrere Checks beantragt habe, um folgende Ausgaben zu bezahlen: 4 Millionen Quetzales für den Kauf eines Grundstücks, 15.000 Dollar für den Kauf einer Uhr, 750.000 Dollar für eine umfangreiche Abhöranlage und 250.000 Quetzales für die Zahlung der Gehälter mehrerer Adjutanten. Die Abhöranlage sei von den Sicherheitschefs von Portillo, Napoleón Rojas y Luis Alberto Gómez Guillermo mittels der Checks gekauft und dem militärischen Geheimdienst übergeben worden.

Am 25. Februar 2011 berichtete Gena Estuardo Contreras Salguero, dass er in seiner Funktion als Buchhalter der Finanzabteilung des Verteidigungsministeriums die Checks mit den Nummer 50561 und 50572 mit Beträgen in Höhe von 72 Millionen bzw. 48 Millionen Quetzales auf Anordnung von Juan José de León Pineda, Leiter der Finanzabteilung, ausgestellt habe. Ein zweiter Zeuge, Mynor Alberto Osorio Castillo, der vom 1. Dezember 1988 bis März 2002 als Geldempfänger bei der CHN arbeitete, bestätigte, dass er an den Tagen des 5., 6. und 9. März 2001 30 Mio. Quetzales erhalten habe, die übertragen worden seien durch Jacobo Salan Sánchez, ehemaliger Sicherheitschef und Napoleón Rojas, ehemaliger Berater der Sicherheitsabteilung von Portillo. Er präziserte, dass das Bargeld am ersten Tag in einem Koffer überbracht wurde, am zweiten Tag in einer dekorativen Kartonkiste und am dritten Tag in einer schwarzen Plastiktüte. Zugleich bestätigte er, dass das Geld direkt von der Banco de Guatemala zur CHN gebracht wurde, was er daran gesehen habe, dass jedes Bündel mit der Banderole dieser Bank geschmückt gewesen war.

... und benennen geheime Abhöreinheiten

Guatemala Stadt, 25. Feb. Nach den Aussagen von Armando Llort Quinteño vom 24. Februar offenbarten sich neben dem Vorwurf der Unterschlagung weitere Straftatbestände. Zu den besorgniserregenden Tatsachen gehörte die Aussage des Zeugen über den Ankauf einer Telefonabhöranlage und der Anwerbung von Personen, die diese bedienen.

Von der Zeitung La Hora befragte Analysten stimmten darin überein, dass die Staatsanwaltschaft ein neues Untersuchungsverfahren eröffnen müsse, um zu erkunden, was das Ziel dieser Abhöreinheit war, wo sie benutzt wurde und wer die Amtsmacht hatte, sie zu nutzen.

Sandino Asturias vom Studienzentrum Guatemala (CEG) meinte, dass die Aussage von Llort klare Erkenntnisse über das Netz der Korruption im Inneren des Staates beim Management der öffentlichen Gelder und deren Verwendung liefere. Laut Asturias spiegelt die Aussage in aller Klarheit die Tatsache wider, dass es geheime Strukturen gibt: „Wo sitzen diese Apparate? Wer kontrolliert sie?“, fragt er und fügt hinzu, dass die Antwort auf „die Struktur einer kriminellen Gruppe privater Geheimdienste“ verweise. Ebenso sei wichtig herauszubekommen, wer durch diese Gruppe kontrolliert werden sollte. „Es ist wichtig, eine neue Phase der Kriminaluntersuchung zu eröffnen, um herauszufinden, was mit dieser illegalen Abhöreinheit gemacht wurde. Das Gesetz fordert, dass das Monopol der Geheimdienste in Händen des Staates zu liegen hat,“ unterstreicht der Analyst.

Iduvina Hernández von der Organisation Sicherheit in der Demokratie (SEDEM) glaubt, dass die Autoritäten auf diesen Punkt aufmerksam werden müssen, denn es handle sich um ein neues Delikt und es sei wichtig, diejenigen zu identifizieren, die diese Apparate nutzten. Sie identifizierte eine Weiterführung der klandestinen Strukturen innerhalb der Militärinstitutionen. Innerhalb dieser Strukturen würde Spionage betrieben und Millionen aus den Staatshaushalten entwendet.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-